

WestLB – Keine Beute für Finanzhaie (Plenarsitzung vom 02.02.2011)

Rüdiger Sagel (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon fast Usus, dass wir uns in jeder Plenarwoche auch mit dem Thema „WestLB“ beschäftigen, weil die WestLB in der Tat einer der größten Risikofaktoren in unserem Land ist, insbesondere was den Haushalt angeht. Die Milliarden, die noch auf uns zukommen und die heute Morgen schon Thema waren, sind natürlich ein Thema, das vor allem die Haushalts- und Finanzpolitiker, die sich um die Zukunft des Landes sorgen, sehr beschäftigt.

Unter dem Druck der EU-Kommission, vor allem unter dem Termindruck, droht jetzt noch mehr Ungemach. Deswegen haben wir als Linke heute erneut einen Antrag gestellt: „WestLB – Keine Beute für Finanzhaie“. Wir wollen damit noch einmal sehr deutlich unsere Position zum Ausdruck bringen, denn es geht jetzt – so ist zumindest der Eindruck – in die Endrunde, die zeigt, wie es mit der WestLB perspektivisch weitergeht.

Wir haben in den letzten Tagen fast täglich neue Wasserstandsmeldungen bekommen. Noch vor zwei Tagen sah es so aus, als würden die chinesischen Kommunisten die Verstaatlichung der WestLB realisieren.

(Zuruf von Dr. Jens Petersen [CDU])

Das ist jetzt nicht mehr das Thema, die CDU kann aufatmen. Obwohl Sie ja auch in der Vergangenheit immer Geschäfte mit den chinesischen Kommunisten gemacht haben, Herr Petersen, kann ich Ihnen nur sagen: Das scheint jetzt nicht Realität zu werden.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Ja, genau, Frau Freimuth, Sie als FDP haben auch immer fleißig mit den Chinesen verhandelt und Ministerpräsident Rüttgers, der immer fleißig Touren durch China gemacht hat, stets den Rücken gestärkt. Das gehört auch zur Wahrheit, die man hier in diesem Hause sagen muss.

(Beifall von der LINKEN)

Obwohl natürlich im Gespräch ist, die gesamte Bank zu verkaufen, werden auch die Hinweise immer deutlicher, dass möglicherweise eine Zerschlagung der WestLB vor der Tür steht. Was immer deutlicher wird, ist, dass das ganze Geschäft vermutlich nicht im Positiven für das Land Nordrhein-Westfalen ausgehen wird. Zerschlagung, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung sind aus

Sicht der Linken keine akzeptable Lösung.

Der mit dem Verkauf der WestLB beauftragte ehemalige CDU-Politiker Friedrich Merz hat am Donnerstag, dem 13. Januar, die Eigentümer über die unverbindlichen Kaufangebote informiert. Daraufhin sind immer wieder neue Angebote bzw. mögliche Angebote in Umlauf geraten. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt nur feststellen, dass der dümpelnde Tanker WestLB nicht zur Beute von Finanzhaien werden darf. Das ist zu befürchten.

Wir freuen uns, dass es zumindest schon einmal gelungen ist, aufgrund der Klage der Sparkassen den Druck von der WestImmo wegzubekommen. Allerdings droht, wie gesagt, weiter die Privatisierung der WestLB – und das nicht zum Vorteil der öffentlichen Hand.

Wir meinen nach wie vor, dass man hier sehr klar Position beziehen muss. Wer die WestLB retten will, muss sie auf einen sicheren Grund führen. Leider hat die Bank in der Vergangenheit relativ wenig dazu beigetragen, das selber zu tun; denn das Geschäftsmodell der WestLB ist nach wie vor keines, das überzeugt. Das wird auch landauf, landab von den Medien entsprechend kommentiert.

Unseres Erachtens muss man nach wie vor alle Möglichkeiten nutzen, um eine Privatisierung der WestLB zu verhindern. Wir haben auch nach wie vor unser Interesse sehr deutlich gemacht, dass die WestLB in der öffentlichen Hand bleiben muss. Aus unserer Sicht kann durchaus auch mit anderen Landesbanken geschaut werden, wie dies in der öffentlichen Hand realisiert werden kann.

Fakt ist allerdings, dass wir im Augenblick eine sehr schwierige Situation haben. Deswegen haben wir in unserem Antrag noch einmal einige konkrete Punkte vorgeschlagen.

Ich bin sehr gespannt, wie das Ganze jetzt weitergehen wird. Es liegt sicherlich nicht in unserer Hand. Ich weiß, dass auch zumindest die Grünen relativ wenig dazu beizutragen haben, was mit der WestLB konkret passiert. Bei den Oppositionsparteien sieht es nicht viel anders aus.

Der Finanzminister ist hier aber natürlich in der Verantwortung – insbesondere im Hinblick auf den Landeshaushalt. Die Landeshaushaltssituation ist schwierig genug. Die dort bisher geleistete Vorsorgepolitik ist aus unserer Sicht auch mehr als problematisch.

Dieses Thema wird uns also weiter beschäftigen. Ich bin sehr gespannt, was bis zum 15. Februar 2011 tatsächlich herauskommen wird. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Weisbrich.